

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 14.04.2014

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr - 20:45 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 12 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher  
Ist: 11 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

### **Anwesenheit**

#### **Unentschuldigt**

Herr Gunther Endrikat

#### **Ortsvorsteher**

Herr Lutz Neubert

#### **Ortschaftsratsmitglieder**

Herr Jürgen Becker  
Herr Ronny Bernstein  
Herr Ullrich Hammer  
Herr Dr. Fritz Hähle  
Herr André Mai  
Herr Robert Natzschka  
Herr Thomas Renneberg  
Frau Angela Schneider  
Frau Christine Schubert  
Herr Fritz Stengel  
Herr Michael Wirth

#### **Schritfführerin**

Frau Christine Vieweg

#### **Gäste:**

Herr Bräuer  
Herr Patt

Tiefbauamt, Abteilungsleiter Verkehrsplanung  
MdL

## **1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Der Ortsvorsteher Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna –öffentlich- und stellt die ordnungs-und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die anwesenden Ortschaftsräte, Herrn Bräuer vom Tiefbauamt, Abt. Verkehrsplanung der Stadt Chemnitz, Herrn Patt, Mitglied des Landtages und die Einwohner von Grüna.

## **2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, somit gilt sie als bestätigt.

## **3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 17.03.2014**

---

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna –öffentlich- vom 17.03.2014 wurde zur Einsichtnahme ausgereicht. Zur Niederschrift gibt es einen Hinweis von Herrn Renneberg. Auf Seite 4 TOP 5, Budget-Zuweisungen für Ortschaften, muss es richtig heißen: „Herr Patt teilt dazu mit, dass der Innenminister Herr Ulbig nun die Landesdirektion angewiesen habe der Gemeinde Grüna Rede und Antwort zu stehen.“ Unter Berücksichtigung dieser Korrektur ist die Niederschrift **genehmigt**. Ein Korrekturblatt wird angefügt.

## **4 Vorlage an den Stadtrat/Ausschuss**

---

### **4.1 Vorlage zur Einbeziehung**

---

#### **4.1.1 Radwegeverbindung Küchwald - Wüstenbrand und Wüstenbrand - Lugau Vorlage: I-025/2014 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66**

---

**Herr Neubert** begrüßt Herrn Bräuer vom Tiefbauamt, Abt. Verkehrsplanung, welcher in Vertretung für Herrn Focken zur Informationsvorlage Auskunft geben wird, und übergibt ihm das Wort.

**Herr Bräuer** erklärt, dass auf Basis der Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2009 und des Stadtratsbeschlusses BA-029/2012 für den Umbau der stillgelegten Bahnstrecken Lugau-Wüstenbrand und Wüstenbrand-Küchwald nun eine Informations-

---

vorlage erstellt sei. Diese stelle das Ergebnis der Überarbeitung des Projekts hinsichtlich Aktualität und evtl. Kostenminimierung dar. Morgen tage dazu der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss. Er betont weiter, dass eine Realisierung dieser Maßnahme mindestens zwei Jahre Vorlauf erfordere. Erst ein Beschluss des Stadtrates löse die Planung aus und die Bereitstellung entsprechender Mittel. In diesem Jahr werde dahingehend noch nichts passieren, weil vorerst die Schulsanierungen absolute Priorität hätten.

Die Fortführung der Verbindung Lugau-Wüstenbrand habe hohe Priorität und werde trotz bekannter Probleme (Erwerb eines Teilstücks der Bahnstrecke in Mittelbach durch Privat) zuerst in Angriff genommen, da der im Landkreis liegende Teil bereits gebaut sei und unmittelbar vor Mittelbach ende. Die Planungen könnten eventuell schon 2015 beginnen. Wenn entsprechende Mittel bereitgestellt werden könne mit dem Baubeginn schon 2016 gerechnet werden.

Die Route Rabenstein-Wüstenbrand biete eine verkehrssichere Alternative zur bestehenden Städteroute. Die Verhandlungen zum Ankauf der Stecke liefen bereits, die Deutsche Bahn AG benötige jedoch noch immer ein dort liegendes Streckenkabel. Der Erwerb sei also frühestens 2015/2016 möglich.

**Herr Neubert** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Meinungsäußerungen der Ortschaftsräte.

**Herrn Hammer** ist unverständlich weshalb die Problematik schon so lange im Gespräch ist ohne dass Taten folgen. Das sei auch der Grund für die entstandenen Probleme beim Verkauf von Teilabschnitten. Um weiteren Schaden zu vermeiden, müsse die ganze Sache beschleunigt werden.

**Herr Börner** verweist auf das Liegenschaftsamt, welches für den Ankauf der Grundstücke zuständig sei. Dieser könne jedoch erst dann erfolgen, wenn die Planung beschlossen und das Geld eingestellt sei.

**Herr Dr. Hähle** fragt an, ob die Stadt wenigstens über ein Vorkaufsrecht verfüge.

**Herr Bräuer** kann das nicht bestätigen, Voraussetzung dafür sei die Bereitstellung von Mitteln.

**Herr Stengel** sieht die derzeitige Entwicklung grundsätzlich positiv. Er hofft auf eine eventuelle Bereitstellung von Sondermitteln, um den Vorgang zu beschleunigen. Weiter interessiere ihn aber, wie sich die erwähnte Kosteneinsparung durch Verzicht auf Brücken und Rampen praktisch auswirken werde.

**Herr Bräuer** weiß nur, dass der Wegfall einiger Rampen geplant sei, hofft jedoch, dass diese dann trotzdem gebaut würden.

**Herr Natzschka** schätzt die Kosten für den Radwegebau im Vergleich mit denen für das neue Fußballstadion eher als gering ein. Er verstehe nicht, weshalb es keine Fördermöglichkeiten in Chemnitz gebe, wo der Bedarf an Radwegen durchaus gegeben sei.

**Herr Bräuer** verweist auf den Einsatz von Fördermitteln beim Ausbau des Chemnitztalradweges. Er zeigt sich optimistisch, dass es auch hier entsprechende Möglichkeiten gebe.

**Herr Bernstein** erinnert daran, dass man auch über Eigenmittel verfügen müsse, wenn Fördermittel beantragt werden.

**Herr Wirth** berichtet, dass in diesem Jahr erst einmal alle Eigenmittel der Stadt in die Schulsanierung gesteckt würden, um so viel wie möglich Fördermittel abzugreifen. Er versichert, dass der Stadtrat hinter dem Radwegebau stehe. Priorität habe erst einmal der Ankauf der Bahnstrecken.

**Herr Neubert** bedankt sich bei Herrn Bräuer für dessen Ausführungen.

## **5 Informationen des Ortsvorstehers**

---

### **Neuwahl des Vorstandes im Heimatverein Grüna.**

**Herr Neubert** stellt Herrn Jens Bernhardt als neuen Vorsitzenden des Heimatvereins Grüna vor und gratuliert ihm zur Amtsübernahme.

### **Auswertung der Zusammenarbeit mit der Stadt Chemnitz**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig konnte aus terminlichen Gründen der Einladung zur Sitzung des Grünaer Ortschaftsrates nicht folgen. Das Thema wird erneut in die Tagesordnung aufgenommen.

### **Vorgesehenes Baugebiet „Am Bretteich“ in Reichenbrand**

Das Stadtplanungsamt teilte schriftlich mit, dass entgegen den Bedenken des Ortschaftsrates und einiger Bürger Grünas eine Erschließung des Baugebietes nur über die Dorfstraße Grüna erfolgen könne. Überprüfungen hätten ergeben, dass die Straßenbreite dafür ausreiche und auch die Tragfähigkeit gegeben sei.

**Herr Neubert** kann nicht nachvollziehen, weshalb das Baugebiet, welches sich auf Reichenbrander Flur befindet, nur über Grünaer Straßen erschlossen werden könne. Er sieht hier Probleme auf die Ortschaft zukommen, zumal Betroffene Anwohner bereits massive Bedenken äußerten. Auch über im Vorfeld durchgeführte Maßnahmen (z.B. an der Abwasseranlage) sei er nicht informiert worden.

**Herr Bräuer** verspricht, dass vor Beginn der Erschließungsarbeiten ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werde. Die Ergebnisse würden dem Ortschaftsrat vorgelegt.

**Herr Neubert** weist auf eine vertiefende Beratung hin, welche Anfang Mai stattfinden könnte.

**Herr Bräuer** spricht sich gegen eine Tonnagebeschränkung aus, weil diese auch Nachteile für die Anwohner nach sich ziehen würde. Derzeit laufe eine Verkehrszählung auf den betroffenen Straßenabschnitten.

### **Mittel für Grünaer Vereine**

**Herr Neubert** verweist auf Änderungen bei der Mittelverteilung in diesem Jahr. Es sei an der Zeit gewesen zu prüfen, ob sich neue Kriterien ergeben haben. Als Beispiel nennt er den Schnitzverein, welcher für jede Gruppierung (Schnitzer, Maler und Klöpplerinnen) eine gesonderte Summe erhalte. Näheres werde er zur nächsten Sitzung bekanntgeben.

### **Sitzung AG Straßenreinigung**

**Herr Hammer** berichtet von seiner Teilnahme an dieser Sitzung. Thema sei der Reinigungs-Rhythmus gewesen. Von städtischer Seite werde immer wieder für 14-tägige Reinigung plädiert. Außer uns bestünden aber auch alle anderen Ortschaften weiter auf die 4-wöchentliche Straßenreinigung.

Herr Neubert bittet Herrn Hammer, die nächsten Sitzungen wieder zu besuchen.

### **Neue Postfiliale in Grüna**

Ab 27. Mai werde es wieder eine Postfiliale in Grüna geben. Diese wird außer umfangreichen Postdienstleistungen auch Schreibwaren anbieten.

### **Neue Mieterin im Grünaer Rathaus**

Demnächst wird es eine neue Mieterin im Rathaus geben. Frau Langer (Vorsitzende des Natur- und Wandervereins) wird ein privates Atelier einrichten.

### **Verrohrung am Waldrand Bergstraße**

Das Tiefbauamt sieht keine Möglichkeit zur Vergrößerung der Verrohrung, weil dafür derzeit keine Mittel zur Verfügung stehen. Der Ableitung einer Teilmenge über

den Kanal des ESC wird nicht zugestimmt. Es werde aber eine neue Randbefestigung der Straße geben. Weiterhin soll ein Schutzgitter zur Ableitung des überströmenden Wassers angebracht werden.

### **Brauchtumsfeier in Grüna**

Unter der Leitung unseres neuen Vereines „Baulinchen e.V.“ wird es in diesem Jahr wieder ein Brauchtumsfeier geben. Dort sollen auch Spenden gesammelt werden, welche dem Kinderhaus Baumgarten und der Baumgarten-Grundschule zur Verfügung gestellt werden.

### **Grünflächenpflege im „Geßnerpark“**

Bei einem Ortstermin mit einer Mitarbeiterin des Grünflächenamtes wurde übereinstimmend festgestellt, dass die Neugestaltung im vergangenen Jahr sehr gelungen sei. Der zerstörte historische Zaun sei leider verloren; die Errichtung eines neuen Zaunes an der Chemnitzer Straße derzeit nicht notwendig. Mit dem eingesparten Geld solle stattdessen die Grünpflege des Grundstücks verbessert werden.

### **Bauanträge:**

#### **AZ: 14/1220/3/BE**

Über eine Bauvoranfrage hierzu wurde bereits gesprochen. Das Haus solle ein Flachdach erhalten, da der Bauherr nach eigener Aussage wegen seiner Körperbehinderung einen Dachboden nicht nutzen könne. Ein Flachdach entspreche nicht der Baugestaltungssatzung Grüna, jedoch habe sich herausgestellt, dass dieses Grundstück nicht im räumlichen Geltungsbereich der Satzung liegt. Für die Ortschaftsräte ist unverständlich, weshalb dieses Grundstück an der Dorfstraße vom Geltungsbereich ausgespart wurde. Auch sei das Argument des Bauherren nicht ganz überzeugend, da es sich laut Bauantrag um ein Zweifamilienhaus handelt.

#### **AZ: 14/0899/3/BE**

Zu diesem Antrag gibt es keine Einwände.

## **6 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder**

---

### **Aussichtsturm auf dem Totenstein**

**Herr Stengel** berichtet von einem Gesprächstermin am 26.3. zwischen Herrn Stötzer (Leiter Gebäudemanagement und Hochbau), den beiden pensionierten Fachleuten Uhlich und Drechsel und ihm selbst. Wie in der OR-Sitzung am 3.2. vereinbart, konnte Einsicht in die technischen Unterlagen genommen werden. Sehr vorteilhaft war die Anwesenheit von Herrn Dr. Lieberwirth vom Dresdener Ingenieurbüro GMG, welches das entscheidende Schwingungsgutachten erstellte. Mit ihm konnten die beiden Fachleute sich über alle Fragen austauschen, sodass der Fall damit wohl als abgeschlossen betrachtet werden könne.

Die wichtigsten Ergebnisse des Gespräches seien:

- Das erste Gutachten von Herrn Richter, welches zur Sperrung des Turmes geführt hatte, spielt in der Stadtverwaltung keine Rolle mehr. Die Erkenntnisse aus dem GMG-Gutachten sind zum Teil ganz anders.
- So sei nicht die Turmkonstruktion (Stützen) das Problem, sondern die innere Treppe sei anfällig für Torsionsschwingungen. Dazu werde unter der ersten Plattform eine horizontale Aussteifung eingebracht.
- Rein zur Sicherheit würden die unteren Zugstrebenkreuze ausgetauscht gegen Hohlprofile, die auch Druckkräfte aufnehmen können.

- Die Betonkränze an den Stützenfüßen würden entfernt und neue Bohrungen gesetzt, um jede Wasseransammlung in den Stützen zu verhindern.
- Das Umfeld der Bodenplatte werde in Ordnung gebracht.

Die Ausbeulung in 5,80 Metern Höhe sei eine Schwachstelle, die mit einer geschraubten Manschette zu versteifen sei. Hierzu solle aber noch geprüft werden, ob anstelle der Manschette auch die Beule wieder „hineingedrückt“ werden könne, was für die künftige Optik vorteilhaft sei.

Die genannten Arbeiten sollen demnächst beginnen.

**Herr Hammer** fragt an, ob in der Baugestaltungssatzung Aussagen über Zäune getroffen sind. **Herr Stengel** verliest den entsprechenden Abschnitt der Satzung. Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass im Bereich Dorfstraße/Mühlenstraße die Randsteine stark ausgebrochen sind. Teilweise gingen die Schäden bis in die Asphaltdecke. Herr Bräuer nimmt diesen Hinweis mit in sein Amt.

## **7 Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Neubert** verliest einen Brief einer Grünaer Eigentümergemeinschaft an den Ortschaftsrat. Sie war wegen der Farbgestaltung ihres Wohnhauses, die von der Grünaer Baugestaltungssatzung abweicht, in einem Gespräch beim Baugenehmigungsamt gemahnt und mit Auflagen versehen worden. Ähnliches betraf eine Reihe weiterer Gebäude. Vorab weist Herr Neubert darauf hin, dass die Probleme auf keinen Fall heute gelöst werden können. Der Ortschaftsrat höre sich die Argumente aber gern an, weil die Verfasser des Briefes und einige andere Betroffene heute anwesend seien.

**Herr Thiele** erklärt, dass in einer Sitzung der Eigentümergemeinschaft diese Farbgestaltung zur Verschönerung des Gebäudes anlässlich der 750-Jahr-Feier gewählt und beschlossen wurde. Man habe dabei keine Kenntnis über die Existenz der Satzung gehabt. Er fordere eine Auflockerung der Festlegungen zur Farbgestaltung.

**Herr Lindner** (weiterer Betroffener) ist ebenfalls von diesem Thema überrascht worden. Er ist der Meinung, man solle sich modernen neuen Dingen und Farben nicht verschließen, sondern auch mal an die jüngeren Generationen denken. Er sieht sein Versäumnis ein, sich nicht informiert zu haben, kritisiert jedoch, beim Baugenehmigungsamt „verpiffen“ worden zu sein.

**Herr Stengel** sieht die Ursache der jetzigen Problematik nicht in der Satzung, sondern darin, dass sie bewusst oder unbewusst missachtet werde. Bürger und auch Architekten würden sich immer wieder überrascht zeigen. Schließlich sei die Satzung im Amtsblatt der Stadt bekanntgemacht worden, und auch im Ortschaftsanzeiger habe es 2008 und 2012 deutliche Hinweise gegeben.

Er erinnert an die lange Vorgeschichte dieser Satzung und stellt fest, dass einige der Festlegungen nicht Wunsch des Ortschaftsrates, sondern Kompromisse mit den Ämtern seien. So verständlich das Anliegen der jetzt Betroffenen sei, müsse aber auch die Satzung im Interesse der Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Gerade die Farbgebung eines Hauses habe eine starke Außenwirkung auf das Umfeld.

Den Ausdruck „verpiffen“ finde er hier nicht gut. Er selbst habe das Baugenehmigungsamt um Rat gebeten, wie angesichts der vorhandenen Abweichungen die künftige Durchsetzung der Baugestaltungssatzung möglich sei. Daraufhin habe das Amt die Ortsbegehung gemacht.

**Herr Wirth** bekräftigt, dass heute nicht über diese Satzung beraten werden könne, denn sie sei kein Tagesordnungspunkt. Er schätzt ein, dass es schon immer Freunde und Gegner dieser Satzung gab. Man sollte sich aber nach etlichen Jahren

bestimmte Punkte einmal ansehen und über notwendige Änderungen nachdenken. Rechtssicherheit müsse jedoch sein.

**Herr Neubert** fügt an, dass wir uns Neuem nicht verschließen wollen. Schließlich sei eine lange Zeit vergangen, seit diese von uns gewollte Satzung erkämpft wurde. Die neue Zeit bringe neue Farben mit sich, energetische, gestalterische und technische Entwicklungen. Allerdings sollten wir genau überlegen, was wir wollen.

**Herr Bammler** stellt fest, dass nur wenige Ortschaften eine solche Satzung hätten. Er wisse auch, dass es in Grüna Ausnahmen gebe.

**Frau Haubner** findet es sehr unschön, dass sie die krasse Farbe des Nachbarhauses durch Abstrahlung ständig in ihrer Wohnung hat. Die Eigentümergemeinschaft habe im Vorfeld nicht alles bedacht.

**Herr Bernstein** stellt fest, dass Kontroversen in kein Papier passen. Man sollte auf jeden Fall versuchen, eine Klärung herbeizuführen.

**Herr Neubert** stellt abschließend noch klar, dass hier niemand „verzinkt“ wurde. Das Baugenehmigungsamt habe lediglich eine Bestandsaufnahme gemacht. Wir sind froh, dass wir diese Satzung haben, auch um den dörflichen Charakter unserer Ortschaft weiter zu erhalten. Gut, dass darüber gesprochen wurde, wir werden gemeinsam eine Lösung finden.

## 8 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Dr. Hähle und Frau Schubert benannt.

..... Datum Lutz Neubert  
Ortsvorsteher

..... Datum Dr. F. Hähle  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

..... Datum Ch. Schubert  
Mitglied  
des Ortschaftsrates

..... Datum Vieweg